

# Presseinformation



*Es gilt das gesprochene Wort!*

TOP 2 – Änderung des SH Schulgesetzes

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

**Ines Strehlau:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 217.19 / 16.05.2019**

## Das Packen in Schubladen ist von gestern

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor meinem Mandat hier im Landtag war ich Lehrerin an einer zu Beginn kooperativen Gesamtschule. Es gab Haupt-, Realschul- und Gymnasialklassen. Sie wurde dann zu einer Gemeinschaftsschule.

Eine Situation, die mich geprägt hat, war eine Vertretungsstunde im Englischunterricht einer etwa 8. Hauptschulklasse. Ich begann mit den Schüler\*innen auf Englisch zu sprechen. Da sagte ein Schüler sinngemäß: „Mit uns können Sie nicht Englisch sprechen. Wir verstehen Sie nicht. Wir sind Hauptschüler.“

Was für ein Selbstbild haben diese Schüler\*innen mit sich rumgetragen. Wie viele Misserfolgserlebnisse müssen sie gehabt haben, um so eine Selbsteinschätzung zu bekommen? Und wie schwer ist es, dieses Negativbild positiv zu wenden?

Wer den Stempel Hauptschule zu tragen hat, wird auch im Berufsleben nur schwerlich Freude an Fortbildungen und lebenslangem Lernen haben. Das ist eine Bürde für die einzelnen Schüler\*innen und inakzeptabel für eine moderne Gesellschaft.

Durch das Packen in Schubladen waren die Schüler\*innen in diesen gefangen. Den Leistungsmöglichkeiten der Schüler\*innen wurde mit den Hauptschul-Klassen nicht entsprochen.

Wir Grüne wollen die Hauptschule und das dreigliedrige Schulsystem nicht durch die Hintertür wieder einführen. Das zweigliedrige Schulsystem mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasien im allgemeinbildenden Bereich sowie den beruflichen Schulen als dritter Säule hat sich bewährt.

An den Gemeinschaftsschulen sind die Schüler\*innen nicht von Anfang an auf einen bestimmten Schulabschluss festgelegt. Den Schüler\*innen wird Zeit gegeben, sich zu entwickeln, Lernfortschritte zu machen und ihre Potenziale auszuschöpfen. Erst im Verlauf der Schulzeit ergibt sich die Entscheidung für den passenden Schulabschluss.

Einen ausgezeichneten Beleg für das bessere Gelingen von Schule ohne abschlussbezogene Klassen haben wir mit der Anne-Frank-Schule in Bargteheide. Sie war 2013 Hauptpreisträgerin des Deutschen Schulpreises. „Niemanden zurück lassen und niemanden aufhalten.“ Nach diesem Motto wird an dieser Gemeinschaftsschule mit Oberstufe erfolgreich gearbeitet.

Der Erfolg zeigt sich an den Abschlüssen. Die Abschlüsse der Anne-Frank-Schule können sich sehen lassen: In den letzten 15 Jahren waren Abgänger\*innen ohne Schulabschluss die große Ausnahme. Alle Schüler\*innen werden immer darin unterstützt, ein bisschen mehr zu versuchen, als sie sich selbst zugetraut hätten. Egal ob Förderbedarf oder Überflieger\*in: Alle lernen sich gegenseitig zu unterstützen.

Und die Offenheit für die Entwicklung der Kinder zahlt sich aus. Die Statistiken zeigen das deutlich. Ein Großteil der Schüler\*innen erreicht hier einen besseren Abschluss als in der Grundschulempfehlung prognostiziert. Und der Anteil an höheren Schulabschlüssen wächst kontinuierlich seit dem Bestehen der Schule: Im Jahr 2017 schlossen über 60 Prozent der Schüler\*innen mit dem Abitur die Schule ab und auch deutlich mehr als 10 Prozent konnten die Fachhochschulreife erreichen.

Diese Schule ist nicht nur gut für alle Kinder, sie leistet auch einen herausragenden sozialpolitischen Beitrag für unsere Gesellschaft.

In der Anhörung gab es überwiegend Ablehnung für den Gesetzentwurf der AfD. In der Stellungnahme von der „Aktion Humane Schule“ wird es besonders deutlich formuliert: „Da sich die Bundesrepublik entschlossen hat, die Behindertenrechtskonvention zu unterzeichnen, sollte sich auch das Parlament in SH darum bemühen, ein inklusives Schulsystem aufzubauen und personell wie sächlich so auszustatten, dass Kinder aller Leistungsstärken ihre Fähigkeiten optimal entwickeln können. Diesem Ziel widerspräche eine Zustimmung zu der beantragten Änderung des Schulgesetzes in krasser Weise.“

Es ist auch uns klar, dass die Arbeit in heterogenen Lerngruppen eine gute Personalausstattung, auch mit Schulsozialarbeit, braucht und die Lehrkräfte weiter in binnendifferenziertem Unterricht geschult werden müssen. Dies ist wichtig, um allen Schüler\*innen gerecht zu werden.

Wir müssen unsere Schulen also weiterhin mit mehr Lehrkräften ausstatten, Lehrkräfte fortbilden und für Arbeitsentlastung sorgen. Das machen wir in Jamaika und wir werden diesen Weg weiter gehen.

Das Packen in Schubladen ist von gestern. Mit abschlussbezogene Klassen hindern wir Schüler\*innen an ihrer Entfaltung. Grüne Bildungspolitik will aber Leistungsmöglichkeiten nicht begrenzen, sondern unterstützen.

Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

\*\*\*